

"Baustellen" der Flüchtlingspolitik in Göttingen
(Stand 10.6.2015)

Personengruppen

- AsylbewerberInnen (i.d.R. aus Friedland)
 - Wie viele kommen? Zuweisungsquote/Zahl
 - Wer kommt? Einzelreisende/Familien/Alter
 - Herkunft: Nationalität? Kultur? Religion?
 - besondere (medizinische) Bedarfe
 - kurzfristige Infos des BAMF an Kommune erfordern hohe Flexibilität
 - IdR. nicht abgeschlossen: Prüfung der Zuständigkeit (Dublin) durch BAMF
 - Lange Antragsbearbeitungszeiten beim BAMF (Personalmangel)
- Unbegleitete Jugendliche
 - Pauschale i.H.v. 6200 ist nicht kostendeckend
 - dezentrale Unterbringung (relativ unproblematisch)
 - Vergleichsweise gute Versorgung nach KJHG (i.d.R. durch JSN)
 - Problem der Identitäts- und Altersprüfung
 - diverse Fragen der existenzsichernden Grundversorgung (Wohnraum, Geld, medizinische Versorgung...)
- Illegalisierte Personen

verkürzte Darstellung ohne Unterscheidung nach Aufenthaltsstatus

Sprache

- Komplizierte Finanzierung der Alphabetisierungs- und Sprachangebote in den ersten Monaten (Bund übernimmt nur eingeschränkt die Kosten)
- weiseitige Sprachangebote, aber fehlende Orientierung im Angebotsdschungel
- Kinderbetreuung während der Kurse (Kosten?)

KiTa, Schule, Uni

- Koordinierung der Platzvergabe und Lehrpläne durch Schulträger
- Problem der Finanzierung freigehaltener KiTa-Plätze bei privaten Trägern
- besondere Angebote zur Sprachförderung u. Betreuung am Nachmittag
- wenige Sprachförderklassen (weitere Schulen haben Anträge gestellt)
- Personal: Sprache, Qualifizierung, Neueinstellungen, Finanzierung?
- Pflege der Herkunftssprachen, auch als berufliche Qualifikation (angemessen im Blick?)
- Angebote der Hochschulen (Gasthörerstatus u.a.)

berufliche Integration

- Arbeitsverbot (3 Monate)
- danach Recht auf Arbeitsmarktintegration (Umsetzung durch Beschäftigungsförderung?)
- Sprachbarrieren bei Bewerbungen und in der beruflichen Integration
- Anerkennung beruflicher Qualifikationen

Integration im Alltag

- diverse Angebote: Flüchtlings-Café (Inti), Fahrrad-, Koch- u. Nähkurse, Gesprächskreise...
- Integrationskurs (z.T. verpflichtend, vornehmlich Sprachkurs, z.T. Kritik an Inhalten)
- Patenschaften (Problem der Vermittlung geeigneter Personen)
- Integrationsangebote von Sportvereinen

Frauen

- Notwendigkeit getrenntgeschlechtlicher Beratung?(u.a. spezielle medizinische u. soziale Bedarfe, Traumata...)
- getrenntgeschlechtliche Unterbringung unbegleiteter (alleinerziehender) Frauen
- spezielle Integrationsangebote
- Problem häuslicher Gewalt
- Kinderbetreuung

Ehrenamtliche

- viele Gruppen, große Hilfsbereitschaft, unzureichende Koordinierung u. Vernetzung
- Qualifizierung der Ehrenamtlichen (ausreichend Fortbildungen?)
- Aktivierung herkunftssprachlicher UnterstützerInnen (u.a. als SprachmittlerInnen)
- Einbindung studentischer Gruppen
- vergleichsweise groß: Göttingen hilft: ehrenamtlich, noch in Startphase, Potenzial
- Migrationszentrum: professionell, erfahren, begrenzter Tätigkeitsbereich, Ressourcen?
- Informationelle Vernetzung im Internet? (bei "Göttingen hilft" ehrenamtlich im Aufbau)
- Vermittlung materieller Hilfen (Sachspenden) Fahrräder, Koffer, Freifunk
- sehr unterschiedliche Bedarfe (je nach Aufgabe, Örtlichkeit, Zielgruppe usw.)

Institutionen

- Prioritäten: Gibt es für bestehende Probleme die passenden Angebote/Ressourcen?
- Klärung der Vernetzungsstrukturen (u.a. Netzwerk Migration u. Runder Tisch des Migrationszentrums, beide tagen aber selten; in Entwicklung: Homepage Göttingen hilft)

Unterbringung

- Gesamtkonzept
 - Vorhanden? Wie sieht es aus? Reichen die derzeitigen Aktivitäten aus?
 - Klärung der Rahmendaten: Anzahl, Herkünfte, Altersverteilung, usw.
 - Betreiber-, Raum-, Betreuungs- und Sicherheitskonzept, Personalschlüssel
 - Sozialräumliche Integration (Interaktion mit Anwohnern, Initiativen, Ortsrat...)
 - Interne Kommunikation und Mitwirkung: Bedürfnisse, Bedarfe, Konflikte
 - Standortsuche
 - Projektplanung & Kommunikation (auch zur Akzeptanzförderung)
 - Finanzierung
- aktuelle Sammelunterkünfte (Voigt-Schule, Breslauer Str., Grone...)
- zukünftige Sammelunterkünfte (Zieten, IWF, Jheringstraße, Weende...)
- langfristige dezentrale Unterbringung
 - Gesamtkonzept für dezentrale Unterbringung (existiert bislang nicht)
 - schwierige Standortsuche im Rahmen des neuen Flächennutzungsplans
 - Bezuschussung des sozialen Wohnungsbaus weder vom Bund noch vom Land
 - Kooperation mit Wohnungsbaugesellschaften (u.a. als Träger der Bauprojekte)
 - systematische Suche geeigneter Wohnungen auf dem privaten Wohnungsmarkt

Behördenpraxis & Personal

- Willkommenskultur - Umsetzung in der Praxis?
- Räumlichkeiten für Ausländerbehörde: Umgestaltung/ Modernisierung/ Umzug notwendig?
- Ausreichende Personalressourcen (Integrationsreferat? Ausländerbehörde? Flüchtlingssozialarbeit?)
- Gewährleistung der notwendigen (interkulturellen) Fachkompetenz (Fortbildungen, Einstellungskriterien u.a.)
- Serviceorientierung (Öffnungszeiten? Terminvereinbarungen? Informationsvermittlung?...)
- Ausnutzung der Ermessensspielräume im Sinne der Betroffenen
- sprachliche Hindernisse / fehlende SprachmittlerInnen/DolmetscherInnen (fehlender Dolmetscherdienst?)
- Begleitung bei Behördengängen (derzeit umstritten)
- Dokumentation und Berichterstattung / politische Steuerung in den Ausschüssen (angemessen?)
- Geldleistungen AsylBLG
 - Kontoeröffnung für Geduldete ohne Pass nicht möglich (15 Monate); Folgeprobleme
 - Auszahlungsbetrag bei Sammelunterbringung unterhalb ALG 2

Rechtsberatung

- Allgemeines Problem: Individuelle Sachlagen und Aufenthaltsstatus erfordern juristisch profunde Beratung und individuelle Bewertung (extreme Gefahr der wohlmeinenden Fehlberatung)
- Migrationszentrum (kostenlos auch psychosoziale Beratung; ausreichend Personal u. Räume?)
- anwaltliche Beratung (Auswahl geeigneter Anwälte, Kosten z.T. für Betroffene unerschwinglich)

Gesetzlicher Rahmen

- AsylBLG (Abschaffung würde Probleme lösen u. Kosten auf Bund übertragen)
- AufenthG (kritikwürdige Novelle mit weit reichenden Konsequenzen in Arbeit)
- AsylVfG

Abschiebungen

- frühzeitige Vermittlung unabhängiger Rechtsberatung
- Ausnutzung der Ermessensspielräume im Sinne der Betroffenen
- Nach Abschiebungsbescheid: Information des Betroffenen (u.a. über den Abholzeitpunkt)
- Wahrung der Angemessenheit bei Durchsetzung der Abschiebung (Polizeieinsatz)
- Kirchenasyl (still / bekannt)

Medizinische Versorgung

- eingeschränkte Leistungen wg. AsylBLG (Problem: chronische Erkrankungen u.a.)
- bürokratische Krankenscheinpraxis/ Modellprojekt zur digitalen Krankenkassenkarte
- Traumata: Erkennung und Versorgung (v.a. bei Jugendlichen), begrenzte Zahl an Traumatherapeuten
- Versorgung illegalisierter Personen (Probleme: Umgang mit Daten und Finanzierung der Leistungen)
- sprachliche Verständigung mit behandelnden Ärzten/Therapeuten (Dolmetscher? Kostenübernahme?)

Mobilität

- Bus: Beförderungspreise als Barriere (Problem der Kostenübernahme, wg. Besserstellung gegenüber ALG 2)
- Fahrrad: Beschaffung, Vermeidung der Benutzung gestohlener Räder

Auf Aspekte der allgemeinpolitischen Diskussion zur Flüchtlingspolitik (Asylgesetz, Frontex, Mittelmeer...) wird an dieser Stelle verzichtet